



DIE ROTE HILFE

2.2019

ZEITUNG DER ROTEN HILFE E.V. | 2 EURO | 45. JAHRGANG | C 2778 F | WWW.ROTE-HILFE.DE

S. 18
REPRESSION

DNA-Analysen: Die Mär vom genetischen Phantombild

S. 22
SCHWERPUNKT

Interview: „Lohnende Eliminations-Ziele für forsche Schutz Männer“

S. 31

Aufklärung?
Irgendwas ist immer ...

S. 44

Gezielte Repression
gegen die „Initiative in Gedenken an Oury Jalloh“

S. 56
INTERNATIONALES

Kolumbien: Widerstand
gegen dramatische Haftbedingungen



Oury Jalloh – das war Mord!

Vertuschung, Widerstand, Repression

■ Der Roten Hilfe ist es wichtig, männlich oder binär dominierte gesellschaftliche Verhältnisse in ihren Publikationen nicht sprachlich zu reproduzieren. Deshalb bittet das Redaktionskollektiv der *RHZ* alle Autor_innen darum, in ihren Beiträgen Gender-Gap oder Gender-Sternchen zu nutzen. Sofern im Heft Beiträge abgedruckt sind, bei denen dies nicht der Fall ist, liegt das in einer ausdrücklichen Entscheidung der Autor_innen begründet oder daran, dass bspw. ein historischer Text nachgedruckt wird. In beiden Fällen möchte das Redaktionskollektiv nicht durch eigenhändiges Gendern ein Bewusstsein vorspiegeln, dass bei den Autor_innen beim Verfassen des Beitrags – aus welchen Gründen auch immer – tatsächlich nicht vorhanden war.



WER IST DIE ROTE HILFE?

Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z. B. das Eintreten für die Ziele der ArbeiterInnenbewegung, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische oder gewerkschaftliche Kampf sowie der Kampf gegen Antisemitismus, Militarismus und Krieg. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden. Darüber hinaus gilt die Solidarität der Roten Hilfe den von der Reaktion politisch Verfolgten in allen Ländern der Erde.

Aus der Satzung

IN EIGENER SACHE

- 4 Geld her! Dafür brauchen wir Eure Mitgliedsbeiträge
- 7 Gemeinsame Erklärung des Bundesvorstands der Roten Hilfe e.V. und des Redaktionskollektivs der Rote-Hilfe-Zeitung zur *RHZ*-Ausgabe 1/2019

REPRESSION

- 8 Der §114 StGB ... ein Freifahrtschein für staatliche Willkür – Exemplarischer Prozess wegen „Angriffs auf Vollstreckungsbeamte“
- 10 Um Haaresbreite – Die Flasche, der Tatbeobachter und die Einlassung
- 13 Die Anklage wackelt – Zwischenbericht zum Elbchaussee-Prozess
- 15 Experimentierfeld Flüchtlingslager – An Geflüchteten übt der Staat Repressionstechniken, die uns alle treffen werden
- 18 Die Mär vom genetischen Phantombild – Die „Erweiterten DNA-Analysen“ auf dem Vormarsch

SCHWERPUNKT

- 21 Oury Jalloh – das war Mord! Vertuschung, Widerstand, Repression
- 22 „Lohnende Eliminations-Ziele für forsche Schutzmänner“ – Interview mit Claus Metz von der Internationalen Unabhängigen Kommission
- 25 Menschenverachtende Staatsraison – Zu den „Ermittlungen“ der Staatsanwaltschaften
- 25 Chronologie im Fall Oury Jalloh
- 31 Aufklärung? Irgendwas ist immer ...
- 36 Aufklärung der Wahrheit über den Oury-Jalloh-Komplex – Gründung, Ziele und Arbeitsweisen der Kommission
- 39 „Sie können unseren Aufklärungswillen nicht brechen!“ – Staatliche Repressionsstrategien zur Vertuschung des Mordes an Oury Jalloh
- 44 Gezielte Repression gegen die „Initiative in Gedenken an Oury Jalloh“ – Eine (unvollständige) Chronologie
- 48 Forderungen der Internationalen Unabhängigen Kommission zur Aufklärung der Wahrheit über den Fall von Oury Jalloh

AZADI

- 49 Azadi

REPRESSION INTERNATIONAL

- 52 Grenzenlose Solidaritätsarbeit! Aktuelle Repression gegen den Widerstand von Geflüchteten
- 54 Freispruch für die „Moria 8“ – Die Kämpfe in den griechischen Flüchtlingslagern gehen weiter
- 55 Nur noch Schrottwort: Londons Polizei wrackt ihre drei Wasserwerfer ab – mit riesigem Verlust
- 56 Mit vereinten Kräften für die Gefangenen – Widerstand gegen dramatische Haftbedingungen in Kolumbien

AUS ROTER VORZEIT

- 60 „Eine der wichtigsten Aufgaben zur Stärkung des antifaschistischen Kampfes“ – Die Rote Hilfe Deutschlands in Hessen-Frankfurt in der Illegalität ab 1933
- 64 Literaturvertrieb
- 66 Adressen
- 67 Impressum



„Eine der wichtigsten Aufgaben zur Stärkung des antifaschistischen Kampfes“

Die Rote Hilfe Deutschlands in Hessen-Frankfurt in der Illegalität ab 1933

Silke Makowski (Hans-Litten-Archiv)

Schon seit der Entstehung der Rote-Hilfe-Komitees 1921 war von Frankfurt/Main aus die Solidaritätsarbeit im Süden Hessens koordiniert worden, damals mit der KPD-Aktivistin Cäcilie Aumann an der Spitze.

■ Nach der Gründung der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) als Mitgliederorganisation war hier die Bezirksleitung Hessen-Frankfurt ansässig, zuletzt in einem Büro in der Großen Friedberger Straße 23. Der Bezirk war von 2.698 Individualmitgliedern in 84 Ortsgruppen im Jahr 1925 rasch angewachsen und

umfasste im Herbst 1932 schließlich 18.193 EinzelbeitragszahlerInnen in 274 Ortsgruppen; hinzu kamen zahlreiche Kollektivmitglieder. Dabei war es sehr gut gelungen, UnterstützerInnen jenseits der Kommunistischen Partei (KPD) in die aktive Arbeit einzubinden, so dass 1932 über 63 Prozent der RHD-FunktionärInnen in Hessen-Frankfurt parteilos waren. Auch die Kampagnen zur Gewinnung weiblicher Mitglieder waren erfolgreich gewesen, wie der Frauenanteil von 29 Prozent beweist, der über dem reichsweiten Durchschnitt von 26,7 Prozent lag.¹

¹ vgl. Bericht zur ZV-Sitzung 8./9. Mai 1932, StAB 4,65 – 482; und: Orgbericht zur ZV-Sitzung 30. Oktober 1932, StAB 4,65 – 484

Seit 1929 hatte Hans Quarch den Bezirk geleitet, und angesichts der sich zuspitzenden Repression zu Beginn der 1930er Jahre wurden erste Vorbereitungen auf ein mögliches Verbot getroffen. Dazu gehörte der Wechsel von allzu bekannten AktivistInnen, weshalb Quarch zu Jahresanfang 1933 nach Mannheim zog, um die benachbarte Rote Hilfe Baden-Pfalz zu leiten. Im Austausch übernahm ein Mannheimer den Vorstandsposten in Hessen-Frankfurt.

Die erfolgreiche Solidaritätsarbeit wurde durch den brutalen NS-Terror im Frühjahr 1933 jäh unterbrochen, und viele RHD-FunktionärInnen und Basismitglieder wurden von den Nazis in Konzentrationslager verschleppt, insbesondere



in das KZ Osthofen bei Worms. Nach den ersten Verhaftungswellen übernahm der frühere KPD-Reichstagsabgeordnete Otto Brenzel, der rechtzeitig untergetaucht war, im Frühsommer 1933 die Leitung der Organisation. Unter dem Decknamen „Robert“ gewann er mehrere engagierte Rote HelferInnen für den Neuaufbau, darunter Lore Wolf („Lina“) und den früheren Mitarbeiter des RHD-Rechtsschutzbüros Fritz Köhne („Günther“). Zusätzlich zur finanziellen Unterstützung für die Verfolgten gab der Kreis um Brenzel regelmäßig zwei verschiedene Zeitungen heraus, und für die Verwaltungsarbeiten war schon im Frühjahr 1933 ein geheimes Büro bei Franz und Maria Heesen in der Börnestraße 43/45 eingerichtet worden.

Damit waren zwar die Grundlagen für den breiten Widerstand der Roten Hilfe in der Region gelegt, doch blieb der Aktionsradius in dieser Phase beschränkt: Zu zehn der 13 früheren Unterbezirke bestand kein Kontakt, und viele der Frankfurter Stadtteilgruppen waren durch Verhaftungen stark geschrumpft oder inaktiv, so dass zu Jahresende nur 200 Mitglieder zentral kassiert wurden. Die Wiederbelebung der geschwächten Basisstrukturen ging schleppend voran, und zudem fehlte unter dem KPD-Funktionär Brenzel die nötige Trennschärfe zur kommunistischen Partei. Obwohl er die ersten Erfolge bei der Konsolidierung der illegalen Solidaritätsorganisation in Frankfurt anerkannte, beurteilte der Berliner RHD-Zentralvorstand die Lage kritisch und plädierte für eine Neubesetzung: „Die allgemeine Arbeit des Bezirks steht auf schwachen Füßen. Der Grund scheint zu sein, dass 1. unser Freund zu bekannt ist, 2. unser Freund eine zu wenig energisch durchgreifende Arbeit im gesamten Bezirksmasstab geleistet hat. [...] Es scheint eine kleine Schwäche unseres Freundes zu sein, welcher glaubt die RH die die Massenorg. für die Befreiung un-

serer Klassenkämpfer sein soll, auszunutzen für parteipolitische Propaganda. Das geht nicht nur aus seiner Zeitung hervor, sondern darüber äusserte sich auch der Freund, der jetzt die Leitung übernehmen soll.“²

Seit Herbst 1933 war der Instrukteur „Rudi“ (Hans Neumeister) im Auftrag des Zentralvorstands vor Ort und unterstützte die Ausweitung der Aktivitäten. Zu Beginn des Jahres 1934 wurde nach

Als Technischer Leiter und Stellvertreter von „Rudi“ war Fritz Köhne eingesetzt, der die Kontakte im Bezirk koordinierte und sich an der Erstellung von Flugblättern und Zeitungen beteiligte. Das dritte Mitglied in der neuen Bezirksleitung war die gelernte Stenotypistin Lore Wolf, die ebenfalls an den Publikationen mitarbeitete, die Verwaltungs- und Schreivarbeiten übernahm und die Kassengeschäfte erledigte. Hermann Fischer, der unter dem Decknamen „Lang“ zum engeren Kreis gehörte, kümmerte sich um die Beschaffung illegaler Quartiere und wurde später als Organisationsleiter eingearbeitet.

Als wichtigen Mitstreiter gewann Lore Wolf den ehemaligen Mannheimer Pfarrer Erwin Eckert, der nach seinem Beitritt zur KPD seine Arbeit verloren hatte und 1933 von den Nazis inhaftiert worden war. Nach seiner Freilassung betrieb er mit seiner Frau eine Leihbibliothek in Frankfurt, die trotz der Beobachtung durch die Gestapo ein zentraler Vernetzungsort der illegalen RHD wurde. Unter anderem korrigierte Eckert Flugblatttexte und Artikel, die ihm – versteckt zwischen den Seiten der zurückgegebenen Bücher – übermittelt wurden und die er bei der Ausleihe neuer Bücher mit Anmerkungen versehen auf die gleiche Weise zurückgab.³ Neben der redaktionellen Tätigkeit und

regelmäßiger Beratung der Bezirksleitung vermittelte der frühere Pfarrer Kontakte zu NS-kritischen christlichen Gruppen, insbesondere zu den QuäkerInnen, die die Solidaritätsarbeit durch große Spenden unterstützten.

Dank der guten Kontakte von Lore Wolf konnte ein breites Spektrum von SympathisantInnen und Mitgliedern gewonnen werden. So ermöglichte der Briefträger Karl Rüb, der auch einen RHD-Spendenkreis bei der Post aufbaute, die



und nach ein neues Gremium aus Roten HelferInnen gebildet, die weniger polizeibekannt waren und über größere Bewegungsfreiheit verfügten. Nach einer Übergabephase ging der ständig von Verhaftung bedrohte Brenzel im März ins Exil, nachdem er den Posten als Politischer Leiter an „Rudi“ übertragen hatte. Zu diesem Zeitpunkt war die Organisation trotz wiederholter Verhaftungen an der RHD-Basis stark angewachsen.

² Organisationsbericht des Z.V. der R.H.D. für die Zeit vom 15.11. bis 31.12.1933, S. 8, SAPMO RY I 4/4/27 Bl. 56

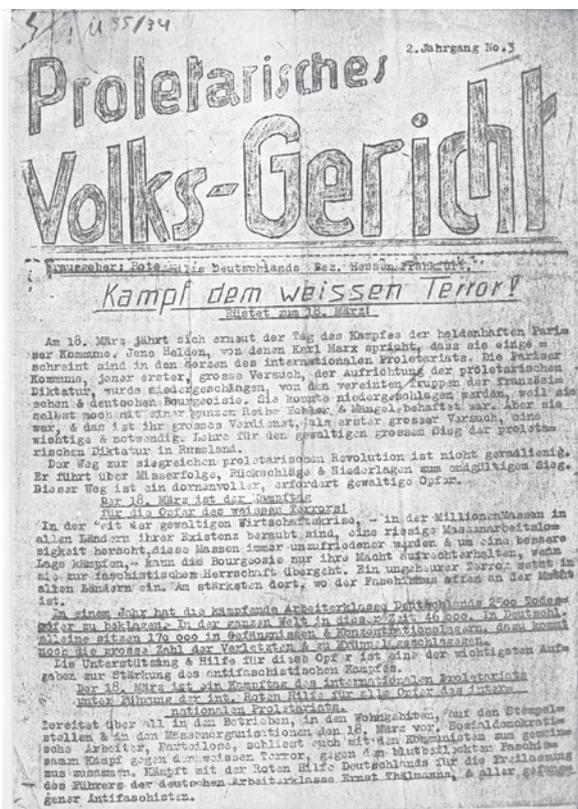
³ vgl. Lore Wolf, Ein Leben ist viel zu wenig, Berlin 1973, S. 43

klandestine Kommunikation mit dem Berliner Zentralvorstand, indem er Briefe an eine vereinbarte nichtexistente Adresse in seinem Zustellbereich an Wolf übergab. EinzelhändlerInnen und GastwirtInnen stellten sich als Anlaufadressen für KurierInnen und als Verteilstellen für antifaschistische Literatur zur Verfügung, da der bei ihnen übliche rege Publikumsverkehr eine optimale Tarnung bildete: Auf ein vereinbartes Stichwort hin wurde den scheinbaren KundInnen der gewünschte Kontakt weitervermittelt oder ein verpackter Stapel Druckschriften ausgehändigt. Unverdächtig wirkende UnterstützerInnen wie der sozialdemokratische Polizeibeamte Emil Monno verwahrten Pakete mit verbotenen Schriften und stellten ihre Wohnungen als Übernachtungsplätze für Untergetauchte zur Verfügung.

Bald verfügte die Rote Hilfe wieder über zahlreiche Stadtteil- und Ortsgruppen im Raum Frankfurt, und auch in weiter entfernt liegende Städte bestanden aufgrund der intensiven Bemühungen des Bezirksinstruktors Ernst Ringel dauerhafte Verbindungen. In acht Unterbezirken waren Leitungen gebildet worden, so dass es außer in Frankfurt und Höchst auch in Hanau, Aschaffenburg, Darmstadt, Langen, Friedberg und Gießen gut organisierte Strukturen gab. Im Sommer 1934 bestanden in Hessen-Frankfurt 54 Ortsgruppen mit 210 FunktionärInnen, und knapp 1.000 Mitglieder bezahlten monatlich 20 Pfennig, was durch zahlreiche Spendenkreise ergänzt wurde. Von den kassierten Beiträgen flossen 60 Prozent direkt in die lokale Unterstützungsarbeit, während 40 Prozent an die Frankfurter Leitung abgeführt wurden.⁴ Dadurch verfügte die Rote Hilfe über eine stabile finanzielle Grundlage und konnte außer der materiellen Unterstützung für die politischen Gefange-

nen und ihre Familien einen weiteren Schwerpunkt auf Öffentlichkeitsarbeit legen.

Mit zwei regelmäßigen Publikationen und zahlreichen Flugblättern gehörte die südhessische RHD zu den Spitzenreitern in diesem Aufgabenbereich. Über die Entwicklung der Mitgliederzeitung



Das Proletarisches Volksgericht, an der Köhne, Wolf, „Rudi“ und Eckert mitwirkten, äußerte sich der Berliner Zentralvorstand im Sommer 1934 äußerst lobend: „Das ‚Proletarisches Volksgericht‘, Frankfurt, erscheint 14-tägig und hat die Auflagenziffer von 500 auf 1.600 gesteigert. Durch die Schaffung einer kollektiven Redaktion konnte gerade am ‚Proletarisches Volksgericht‘ eine stetige inhaltliche Verbesserung festgestellt werden.“⁵ Durch den Verkauf des Blatts im gesamten Bezirk konnten zusätzliche

Einnahmen für die Solidaritätsarbeit erzielt werden.

Das Proletarisches Volksgericht informierte über die lebensbedrohliche Lage von prominenten politischen Gefangenen wie Ernst Thälmann und Erich Mühsam, berichtete über aktuelle Prozesse und Massenverhaftungen in der Region, analysierte die politische Lage und rief zur Stärkung der Solidaritätsarbeit auf. In Leitartikeln wurden bewährte Kampagnen der RHD aufgegriffen, zum Beispiel in der Märzausgabe 1934, die unter dem Titel „Kampf dem weissen Terror! Rüstet zum 18. März!“ Aktivitäten zum Tag der politischen Gefangenen anregte:

„Der 18. März ist der Kampftag für die Opfer des weissen Terrors! [...] In einem Jahr hat die kämpfende Arbeiterklasse Deutschlands 2.500 Todesopfer zu beklagen. In der ganzen Welt in dieser Zeit 46.000. In Deutschl. alleine sitzen 170.000 in Gefängnissen & Konzentrationslagern, dazu kommt noch die grosse Zahl der Verletzten & zu Krüppeln Geschlagenen. Die Unterstützung & Hilfe für diese Opfer ist eine der wichtigsten Aufgaben zur Stärkung des antifaschistischen Kampfes. [...] Organisiert überall Sammlungen für die Opfer des Faschismus und werbt für die Rote Hilfe. Führt den 18.

März im Zeichen der Einheitsfront durch. Macht diesen denkwürdigen Tag zu einem Grosskampftag gegen das faschistische System, übt Solidarität.“⁶

Zusätzlich zu dieser Massenzeitung brachte die Bezirksleitung in dreistelliger Auflage die an FunktionärInnen gerichtete Monatsschrift *Der Widerstand* heraus, die in erster Linie organisationspraktische Themen wie die Gründung von Spendenkreisen oder die Werbung bei SPD-Mitgliedern behandelte. Unter Titeln wie „Fort mit den Blutgerichten!“ oder „Im Namen des Volkes!“ druckte die RHD

4 vgl. Zeugenvernehmung Köhne, NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz, 9/131

5 Bericht über die Lage der Organisation und die Tätigkeit des Zentralvorstandes für das erste Halbjahr 1934, S. 18, SAPMO RY I 4/4/27, Bl. 88

6 Proletarisches Volksgericht, 2. Jahrgang Nr. 3, S. 1f, Studienkreis dt. Widerstand AN 2624



Flugblätter, und auch Postkarten mit den Fotos von Thälmann und anderen gefangenen KommunistInnen wurden breit vertrieben.

Neben den eigenen Publikationen erhielt der Bezirk über „Rudi“ und durch die Reichskurierin „Else“ (Eva Lippold) das RHD-Zentralorgan *Tribunal* und weitere Druckschriften. Diese beiden AktivistInnen stellten den ständigen Austausch mit der Berliner Leitung sicher und vernetzten die erfolgreiche Arbeit in Südhessen mit den überregionalen Entwicklungen.

Ende Juli 1934 zeichnete sich eine unerwartete Bedrohung ab: Per Brief warnte der Zentralvorstand Lore Wolf vor „Rudi“, der seinen Posten inzwischen an Köhne übergeben hatte und verstärkt im Raum Mannheim tätig war, und äußerte die Vermutung, er arbeite für die Gestapo. Im August fuhren Fritz Köhne, Lore Wolf und Hermann Fischer illegal ins Saarland, das unter Völkerbundmandat stand und dadurch dem Zugriff der Nazis entzogen war. Bei einer Krisenbesprechung mit der Leiterin der RHD Baden-Pfalz und Willi Koska von der RHD-Reichsleitung erhärtete sich der Spitzelverdacht gegen „Rudi“ und die FrankfurterInnen kehrten auf getrennten Wegen zurück, um die Organisation umzustrukturieren und möglichst weite Teile vor dem Zugriff der Nazis zu retten.

Doch die Gestapo reagierte umgehend auf die Enttarnung ihres Informanten, der durch seine lange Mitarbeit die Strukturen bestens kannte. Innerhalb weniger Wochen erfolgten dutzende von Verhaftungen, denen fast alle führenden Mitglieder zum Opfer fielen. Nur Lore Wolf gelang schließlich die Flucht ins Ausland, wo sie sich in den Exilstrukturen der Roten Hilfe engagierte.

Für das Frankfurter Stadtgebiet bedeuteten die durch „Rudi“ ausgelösten Massenverhaftungen einen schweren Einbruch, von dem sich die Solidaritätsorganisation nie wieder vollständig erholen

sollte. Nachdem Fritz Köhne unter der brutalen Folter zusammengebrochen war und durch umfassende Aussagen weitere Informationen preisgab, war die RHD auf Unterstützung von außen angewiesen. Mithilfe der KPD und der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) konnte sich eine neue Bezirksleitung unter Ot-



to Reith bilden, die die materielle Unterstützung fortsetzte und mehrere Zeitungs Ausgaben produzierte. In einigen Stadtteilen, die von den Verhaftungen verschont geblieben waren, konnte die Arbeit weitgehend ungestört fortgesetzt werden, und in anderen Unterbezirken wurden sogar neue Ortsgruppen aufgebaut. Das lag hauptsächlich an Ernst Ringel, der den Razzien im Herbst 1934 entgangen war und die kleineren Städte in Südhessen als Bezirksinstrukteur vorbildlich betreute.

Im Frühjahr 1935 traf ein zweiter Schlag die Rote Hilfe Hessen-Frankfurt, als die Gestapo mit einer umfangreichen

Verhaftungswelle die KPD und die RGO angriff. Durch die personellen Überschneidungen gelang den Nazis auch ein Einbruch in die Solidaritätsstrukturen, indem ihnen unter anderem der bisherige RHD-Leiter Otto Reith und der für seine Nachfolge vorgesehene Adam Leis in die Hände fielen. Wenig später wurde Ringel verhaftet, wodurch die NS-Verfolgungsbehörden seine Verbindungen in ganz Südhessen aufdecken und weite Teile des Bezirks aufrollen konnten.

Da die Verbindungen zum Zentralvorstand seit dem großen Repressionsschlag im Herbst 1934 abgerissen waren, konnte auch die Berliner Leitung trotz vielfacher Bemühungen keine wirkliche Hilfestellung leisten. Die Unterstützungstätigkeit wurde von den verbliebenen Basisgruppen fortgeführt und zumindest im Frankfurter Stadtgebiet lose koordiniert, wie die Berichte des Zentralvorstands anmerken, der ab 1936 wieder schwache Kontakte zu den Strukturen unterhielt. Trotz immer neuer Angriffe durch die Nazis konnte die RHD-Reichsleitung Anfang 1937 über Frankfurt berichten:

„Vor einigen Wochen erfolgten grössere Verhaftungen, wovon ein Teil unserer Helfer betroffen wurde. [...] Ab 1. März sind wir wieder soweit, um etwa 45 Familien zu erfassen. In diesem Gebiet kam die Hilfsarbeit ueber die Betreuung einer Anzahl von Familien nicht hinaus. Dort herrscht ein aeußerst starker Kraeftemangel [...] sodass eine unserer Hauptaufgaben sein wird, neue Kraefte fuer die Hilfsarbeit zu gewinnen.“⁷

Bis zur Befreiung konnte die Unterstützung für die Verfolgten zumindest in kleinem Maßstab fortgesetzt werden, doch erreichte sie nie wieder die anfängliche Breite. ❖

⁷ Bericht der R.H.D. ueber die Hilfsarbeit und die Hilfsbewegung in Deutschland (Berichtszeit zweite Haelfte des Jahres 1936), S. 37, SAPMO RY I 4/4/27, Bl. 249